



WAHLGLOBAL 2018

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen

Nachgefragt: Welche entwicklungspolitischen Positionen vertreten die Kandidat*innen?

Politisches Handeln ohne Einbezug globaler Aspekte ist heutzutage undenkbar. Es beschränkt sich schon lange nicht mehr auf die klassische Außen- oder Entwicklungspolitik. Weltweite Herausforderungen wie Armutsbekämpfung, Klimawandel oder der zunehmend aggressive Zugriff auf Land und Rohstoffe haben immer auch einen lokalen Bezug zu uns – in Politik, Wirtschaft oder im Alltagshandeln. Nicht grundlos setzen die seit 2016 weltweit gültigen UN-Nachhaltigkeitsziele (engl. Sustainable Development Goals/SDGs) auf lokaler Ebene an. Auch Deutschland hat sich zur Umsetzung der SDGs verpflichtet. Die Bundesländer haben dabei aufgrund ihrer Handlungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten für wichtige Politikfelder, wie Handel, Landwirtschaft, Energie, Verkehr, Bildung und in der gezielten Förderung von Zivilgesellschaft, eine enorm wichtige Bedeutung.

Erste wichtige Prozesse konnten in Niedersachsen mit der Ausarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien und der Landesnachhaltigkeitsstrategie angestoßen werden und sind ausdrücklich zu begrüßen.

Unbestritten ist, dass die Industrie- und Schwellenländer in Europa, Asien und Amerika durch ihren übermäßigen Ressourcenverbrauch, ihre Kaufkraft und ihren „Vorbildcharakter“ nach wie vor eine erhebliche Verantwortung für einen globalen Wandel tragen. Es wird darauf ankommen, die SDGs als Ganzes umzusetzen und einzelnen Zielkonflikten, wie z.B. zwischen handels- und entwicklungspolitischen Strategien, Geltung zu verschaffen und zur Lösung beizutragen.

Das Hauptanliegen des Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN) ist es, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu stärken. Als Dachverband entwicklungspolitischer Initiativen,

NROs und Weltländern treten wir für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft ein. Diese ist auf den Grundpfeilern der Menschenrechte zu jeder Zeit und für jeden Menschen gestützt. Insbesondere vor dem Hintergrund stark zunehmender nationalistischer und rassistischer Töne in vielen Teilen unserer Gesellschaft ist es wichtig, für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen einzutreten und globale Zusammenhänge aufzuzeigen. Statt einer „Flüchtlingskrise“ thematisieren wir globale Krisen, dessen Gründe auch in Niedersachsen zu finden sind.

Der VEN mischt sich in den Landtagswahlkampf 2017/2018 ein, er fragt die entwicklungspolitischen Positionen von Parteien und ihrer Kandidat*innen und macht diese öffentlich. Zuvor wurden zusammen mit weiteren entwicklungspolitischen Organisationen zehn Themenbereiche für „Wahlprüfsteine“ entwickelt, die im Folgenden vorgestellt werden. Begleitet wird die Aktion „WahlGlobal 2018“ von Veranstaltungen, die im Herbst 2017 in Niedersachsen stattfinden werden. Kandidat*innen sollen in ihren Wahlkreisen mit Bürger*innen über globale Zusammenhänge ins Gespräch kommen. Im September 2017 wollen wir die Stellungnahmen der Parteien, der Fraktionen und der Kandidat*innen veröffentlichen. Als Teil der Zivilgesellschaft werden wir nach der Wahl nachfassen, ob vor der Wahl getroffene Aussagen dem konkreten Regierungshandeln entsprechen.





Ein Orientierungsrahmen: Die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030

1 Entwicklungspolitische Verantwortung gerecht werden

Im September 2015 hat die Landesregierung die Entwicklungspolitischen Leitlinien verabschiedet, die die globale Verantwortung der Landespolitik bestätigen. Diese Leitlinien sollen u.a. einen „Beitrag des Landes Niedersachsen zur Unterstützung der UN-Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele leisten“, „das Selbstverständnis der Eine-Welt-Politik der Landesregierung darstellen“ und „Politikkohärenz im Handeln aller Ressorts der Landesregierung herstellen“. Seit April 2016 gibt es unter der Federführung der Niedersächsischen Staatskanzlei und unter Beteiligung unterschiedlicher Akteur*innen einen Prozess zur Umsetzung und Fortschreibung dieser Leitlinien. Gleichzeitig erarbeitet das niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz eine Nachhaltigkeitsstrategie. Beide Prozesse sind ausdrücklich zu begrüßen und stehen im Einklang mit ähnlichen Entwicklungen in anderen Bundesländern und auf Bundesebene.

Mit der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den darin festgehaltenen SDGs wird ein Paradigmenwechsel, bei dem traditionelle Nord-Süd- oder Geber-Nehmer-Denkmuster aufgebrochen werden, beabsichtigt. Dieser kann allerdings nur stattfinden, wenn die Arbeitsbereiche „Nachhaltigkeitspolitik“ und „Entwicklungspolitik“ zusammengedacht und aufeinander abgestimmt werden. Es wird darauf ankommen, keine Parallelstrategien aufzubauen. Damit die Entwicklungspolitischen Leitlinien maßgeblich für das politische Handeln werden und langfristig Wirkung zeigen, ist eine Erfolgskontrolle von entscheidender Bedeutung.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Inwiefern und mit welchen Instrumenten werden Sie die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien überprüfen und bewerten?
- Was werden Sie unternehmen, dass die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien langfristig, auch nach der Landtagswahl, sichergestellt ist?

2 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Eine Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gelingt nur, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen wird. Dies umfasst nicht nur die Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden, sondern beginnt vor der eigenen Tür. Zivilgesellschaftliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag dazu, politische Lösungen zu finden, neue Impulse zu setzen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse anzustoßen. Informations- und Bildungsarbeit trägt dazu bei, dass ein Bewusstsein für die globalen Folgen des eigenen Lebensstils im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung geschaffen wird.

Es braucht starke zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die globale Themen fachlich kompetent und dauerhaft begleiten, ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge schaffen, beratend und vernetzend in Niedersachsen tätig sind. Die Beratungs- und Projektarbeit des VEN und der landesweit aktiven Promotor*innen ermöglichen

eine Präsenz in den Regionen, unterstützen und vernetzen Initiativen vor Ort und tragen damit zu einer starken Zivilgesellschaft bei.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Wie werden Sie zivilgesellschaftliches Engagement fördern und unterstützen?
- Inwiefern werden Sie sich für eine Weiterführung und Ausweitung des Eine-Welt-Promotor*innen-Programms in Niedersachsen einsetzen?

3 Leitlinien Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen

Deutsche Unternehmen sind immer wieder direkt oder indirekt an schwerwiegenden Menschenrechtsverstößen im Ausland beteiligt. Dafür gibt es viele Beispiele: Tödliche Unfälle in Textilfabriken in Bangladesch oder Pakistan für unsere Kleidung, Vertreibung von indigenen Bevölkerungsgruppen in Brasilien für das Futter unserer Massentierhaltungen, Rohstoffabbau in Konfliktgebieten für die hiesige Produktion, usw. Mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gibt es ein internationales Rahmenwerk, das menschenrechtliche Missstände durch Wirtschaftsakteure unterbinden soll. Zur Umsetzung auf nationaler Ebene hat das Bundeskabinett Ende 2016 den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Für die Bundesländer gibt es drei Anknüpfungspunkte, um die UN-Leitprinzipien umzusetzen: (1) Außenwirtschaftsförderung, (2) Land als Anteilseigner, und (3) die öffentliche Beschaffung.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Inwiefern werden Sie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Niedersachsen umsetzen?
- Inwiefern setzen Sie auf gesetzlich geregelte und verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in der Außenwirtschaftsförderung und für Unternehmen, an denen das Land Niedersachsen Anteile hat?

4 Faire öffentliche Beschaffung konsequent nachhaltig umsetzen

Die Niedersächsische Landesregierung und ihre Landeseinrichtungen beschaffen jedes Jahr für mehrere Millionen Euro Produkte für den öffentlichen Bedarf – eine enorme Marktmacht! Viele Waren werden in Ländern des Globalen Südens hergestellt, von Polizeiuniformen bis zu Gedenksteinen. Deren Anschaffung erfolgt zumeist unter der Maßgabe des geringsten Preises, was häufig die Missachtung internationaler Arbeits- und Sozialnormen (ILO) nach sich zieht. Eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung kann durch die Aufnahme entsprechender Kriterien in Vergabeverordnungen gestärkt werden und einer solchen Praxis Einhalt gebieten. Mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes in 2013 ist ein wichtiger Schritt getan worden. Allerdings ist die Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge noch längst nicht selbstverständlich. Dazu wäre eine konsequente Umsetzung der Niedersächsischen Kernarbeitsnormenverordnung (NKernVO) und



eine erhebliche Erweiterung ihres Geltungsbereiches z.B. auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Naturkautschuk-Produkte, Agrarprodukte und Holz von Nöten.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, die öffentliche Beschaffung konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien weiter zu stärken und auszubauen?
- Wie werden Sie sicherstellen, dass Produkte der öffentlichen Beschaffung nicht unter Menschenrechtsverletzungen und unter Missachtung der internationalen ILO-Kernarbeitsnormen produziert wurden?

5 Handelspolitik sozial und ökologisch gestalten

Die deutsche und europäische Handelspolitik hat in vielerlei Hinsicht wenig mit sozialer oder ökologischer Nachhaltigkeit zu tun. Handelspolitische Ziele, wie die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Marktzugang für europäische Exporte, Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Rohstoffen sowie Schutz von Investitionen und geistigen Eigentums deutscher/europäischer Unternehmen, stehen häufig in extremen Widerspruch zu entwicklungspolitischen Zielsetzungen.

Insbesondere bilaterale Freihandelsverträge schränken Länder des Südens ein, ihre eigene Wirtschaft nachhaltig zu regulieren und ausreichend zu schützen. Oft werden sozial- und umweltpolitische Auflagen als Handelshemmnisse angesehen und dienen lediglich für kosmetische Zwecke in Handelsverträgen. Die im Februar 2017 veröffentlichte Studie „Menschenrechte als uneingelöstes Versprechen – Nachhaltigkeit, Arbeits- und Sozialstandards in EU-Handelsabkommen“ macht diesen Sachverhalt noch einmal deutlich.

Handelspolitik sollte vielmehr im Einklang mit den SDGs stehen und zur weltweiten Überwindung von Armut und Hunger und einem wirksamen Klimaschutz beitragen.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Inwiefern werden Sie sich für eine sozial- und umweltgerechte Handelspolitik einsetzen, die kohärent zu entwicklungspolitischen Zielen ist?
- Was muss am dringendsten in der aktuellen Ausrichtung der Handelspolitik geändert werden?

6 Klimawandel abwenden

Laut des Norwegischen Flüchtlingsrats und dem International Displacement Monitoring Center haben die Folgen extremer Wetterereignisse im Jahr 2014 mehr als 19,3 Millionen Menschen in 100 Staaten um ihr Zuhause gebracht. Seit 2008 wurden durchschnittlich 26,4 Millionen Menschen jährlich aufgrund extremen Klimas aus ihrer Heimat vertrieben. Die zehn Länder, die in den letzten 20 Jahren am stärksten von Wetterextremen betroffen waren,

sind ausnahmslos sogenannte Entwicklungsländer. Ob Ozeanversauerung, Meeresspiegelanstieg, Extremwetterereignisse, Dürren, Trinkwassermangel – der Klimawandel und dessen Folgen treffen auf unterschiedlicher Weise vor allem die ärmsten und verletzlichsten Menschen zuerst. Gleichzeitig sind es auch die Menschen, die am wenigsten Verantwortung dafür tragen!

Niedersachsen ist als Küstenland auch betroffen. Deshalb sollte der Klimawandel in der niedersächsischen Landespolitik als Querschnittsthema berücksichtigt werden. Das umfasst mehr als das Konzept für eine Klimaschutz-Strategie des Landes mit Maßnahmen zur Gebäudedämmung oder Energie-Effizienz. Im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung muss Klimapolitik auch die Wirkungen auf die Länder des Südens einbeziehen, die kaum Mittel für Anpassungs- und Präventionsleistungen haben. Das Pariser Abkommen und das 1,5 °C-Ziel kann als Hoffungszeichen gesehen werden. Allerdings stehen nach wie vor unsere Konsum- und Produktionsweisen oder unsere auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik im krassen Widerspruch zu diesem Ziel. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, das explizit in SDG 13 benannt ist und das als solches angesehen werden muss!

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Durch welche Maßnahmen werden Sie sich für eine ressortübergreifende Berücksichtigung von Aspekten des globalen Klimawandels bei politischen Weichenstellungen einsetzen, z.B. in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft, Energie, Handel, Umwelt, Wissenschaft und Bildung?
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel als Querschnittsthema in der niedersächsischen Landespolitik durchgesetzt werden?

7 Landwirtschaft global gerecht gestalten

Land-, Viehwirtschaft und Agrarhandel sind in hohem Maße globalisiert und industrialisiert. Für die Massentierhaltung werden große Mengen Futtermittel in die EU importiert. Diese tragen beispielsweise zur Ausbreitung riesiger Monokulturen mit negativen Effekten auf Mensch und Umwelt in Südamerika bei. EU-Exporte von Milchprodukten, Schweine und Hühnerfleisch zu Preisen weit unterhalb der Erzeugerkosten beeinträchtigen die Einkommens- und Existenzgrundlagen von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Ländern des Südens. Diese Agrarpolitik steht in vielerlei Hinsicht im Gegensatz zu den SDGs und einer kohärenten Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik. Die bundesdeutsche und europäische Agrarpolitik hat auch negative Auswirkungen auf die Lebensumstände hiesiger kleiner und mittlerer bäuerliche Betriebe, wie auch auf die Boden- und Wasserqualität.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Wie werden Sie sicherstellen, dass kleine und mittlere bäuerliche Betriebe in Niedersachsen eine bessere Perspektive erhalten?
- Was tun Sie konkret, um Formen der industriellen Tierhaltung einzudämmen und umwelt- und tiergerechte Haltungsformen auf bäuerlichen Höfen zu fördern?

- Wie verhindern Sie im Rahmen der internationalen Verantwortung, dass eine intensive Landwirtschaft in Niedersachsen bäuerlich geprägte Agrarmärkte in den Ländern des Südens zerstört?
- Wie setzen Sie sich für eine europäische Verantwortung der Agrarpolitik im Sinne der Sustainable Development Goals ein?

8 Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umsetzen

Laut dem Unterziel 4.7 der SDGs sollen „(...) alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, (...), Weltbürgerschaft (...).“ Das Weltaktionsprogramm (WAP) „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zielt darauf, Menschen zu befähigen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen und ihre Gesellschaften zu transformieren. Vor diesem Hintergrund leistet Globales Lernen / Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der SDGs.

Um diesem Ziel gerecht zu werden, sollen sich die BNE-Aktivitäten, laut WAP, vom „Projekt zur Struktur“ entwickeln. Dementsprechend ist eine finanzielle Förderung außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung im Bereich des Globalen Lernens / der BNE in Niedersachsen unerlässlich.

Globales Lernen und BNE sollen darüber hinaus im Sinne des „whole institution approach“ als Querschnittsaufgabe in der Schule sowie in allen anderen Handlungsfeldern (Wirtschaft, Politik, etc.) verankert werden. Sie sollten in niedersächsischen Schulen nicht nur im Unterricht, sondern auch im Schulprofil, der Lernkultur und dem Schulleben insgesamt zum Tragen kommen. Ein wesentlicher Baustein und Voraussetzung für eine wirksame Umsetzung des WAP ist zudem die Aufnahme von BNE / Globalem Lernen als interdisziplinäres Pflichtmodul in der Lehrer*innenausbildung.

Unsere Fragen an die Parteien und Kandidat*innen:

- Welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des WAP in Niedersachsen würden Sie ergreifen?
- Wie wollen Sie zu einer festen und ganzheitlichen Verankerung Globalen Lernens / Bildung für Nachhaltige Entwicklung in allen Schulformen, Kitas und Hochschulen sowie in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen?
- Wie stehen Sie zu einer strukturellen Förderung außerschulischer Bildungsträger?

9 Engagement für globale Fragen auf Bundes- und Europaebene einbringen

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Sustainable Development Goals ist universell und in gleichem Maße für sogenannte Entwicklungs-, Schwellen-, und Industrieländer gültig. Die Bundesregierung hat sich auch zur Umsetzung der SDGs verpflichtet. Den Industrieländern wird bei der Umsetzung der SDGs eine besondere Rolle zugespielt. Mit der Agenda 2030 entsteht auch ein neues Denken bezüglich globaler Partnerschaften mit dem Motto: „leave no one behind“. SDG 17 gibt einen Handlungsrahmen vor, um „Umsetzungsmittel zu stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben zu erfüllen“. Darin hat die Bundesregierung sich erneut verpflichtet, das Ziel 0,7-Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Bundeshaushalt für Entwicklungszusammenarbeit bis 2030 umzusetzen. Außerdem sollte

sich die Vertretung des Landes Niedersachsen im Bundesrat und auf EU-Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen, deren Erlös anteilig in die Entwicklungszusammenarbeit geht.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat/innen:

- Inwiefern werden Sie sich auf Bundesebene (z.B. über den Bundesrat) und auf europäischer Ebene für die von Deutschland gemachten Zusagen bzgl. der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Sustainable Development Goals einsetzen?
- Engagieren Sie sich dahingehend z.B. für eine Finanztransaktionssteuer als „Steuer gegen Armut“, einen Erlass von Schulden und für das Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungszusammenarbeit zu budgetieren?

10 Flucht und Migration als Menschenrecht durchsetzen

Dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge waren 2015 weltweit 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht – Tendenz steigend. Nur ein kleiner Teil davon schafft die Flucht nach Europa. Die Gründe für Menschen, ihr Land zu verlassen, sind vielfältig: Kriege, Konflikte, staatliche Repressionen, Menschenrechtsverletzungen oder politische, ethnische, religiöse oder sonstige Verfolgung sind meist die Hauptursachen. Doch auch Naturkatastrophen, Klimawandel, Armut, soziale Not oder fehlende Perspektiven für ein würdiges Leben können eine Flucht verursachen. Das Land Niedersachsen ist eingebunden in globale Strukturen und ist dementsprechend auch gefordert, sich der Verantwortung für die Auswirkungen dieser Strukturen zu stellen.

Im Gegensatz zur aktuellen europäischen Abschottungs- und deutschen Abschiebepolitik muss jede Form von Migration als Menschenrecht verstanden und Menschen auf Flucht eine legale Einwanderung ermöglicht werden. Es sollte an den Fluchursachen angesetzt und alles Mögliche getan werden, um die Situationen in den Herkunftsländern der Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

Unsere Fragen an Parteien und Kandidat*innen:

- Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, das Menschenrecht auf Asyl in Deutschland und der Europäischen Union umzusetzen?
- Setzen Sie sich für legale Migrationswege ein?
- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Situationen in den Herkunftsländern der Geflüchteten nachhaltig zu verbessern?



VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN E.V.

Hausmannstr. 9-10 | 30159 Hannover
0511-391650 | info@ven-nds.de | www.ven-nds.de

Kontakt: Nina Gawol, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Internationales, gawol@ven.nds.de